

*Anhang zum Beitrag:*  
*„Ansprüche vom Nordpol  
bis Sewastopol“*

*Fritz W. Peter*

*New York Times-Beitrag: Stalin-Kult und  
dessen Botschaft an das Ausland  
S. 2*

*Foreign Affairs-Beitrag: Stalin-Kult und dessen  
Botschaft an das Ausland. – „Wie kann man das  
Offensichtliche derart übersehen, Herr Steinmeier?“  
S. 3*

*WELT-Beitrag von Hans Rühle **zur begrifflichen  
Analyse** des Schröder-Steinmeierschen Konzepts  
eines **Sonderwegs** der deutschen Russland-Politik  
S. 4f.*

*abrufbar unter*

[www.wadinet.de/news/dokus/889\\_Autismus-der-Macht-Anhang.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/889_Autismus-der-Macht-Anhang.pdf)

*siehe Basistext:*

[www.wadinet.de/news/dokus/888\\_Autismus-der-Macht.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/888_Autismus-der-Macht.pdf)

*ergänzend:*

[www.wadinet.de/news/dokus/890\\_Nuklearplanung-Warschauer-Pakt.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/890_Nuklearplanung-Warschauer-Pakt.pdf)

***New York Times:***

„Putin in the Shadow of the Red Czar“, v. Simon S. Montefiori, 24.8.08; Montefiore ist Autor von „Young Stalin“/„Der junge Stalin“. Auszüge des NYT-Artikels in meiner deutschen Übersetzung:

„[...] Der Kreml, damals wie heute, ist im Grunde gegen alles, für das wir eintreten. [...] Stalin stellte den Westen in der Berlin-Krise 1948 auf die Probe, ganz ähnlich wie Putin es heute mit Georgien macht. Wieder besteht die beunruhigende Herausforderung für Amerika darin, eine fragile Einheit zu schützen und eine Linie zu verteidigen, ohne in einen Krieg zu geraten. Das belagerte Georgien wird amerikanische Entschlusskraft, Einfallsreichtum und vergleichbaren Wagemut wie bei der Berliner Luftbrücke brauchen, wenn es wiederhergestellt werden soll.

Im Kaukasus verfasste Stalin seine Schrift über imperiale, koloniale Kontrolle ‚Marxismus und das nationale Problem‘, die Lenin 1912 in Auftrag gegeben hatte. Darin versprochen Lenin und sein georgischer Gefolgsmann den ethnischen Minderheiten des Zarenreichs Autonomierechte, deren Ausübung ihnen freilich niemals zugestanden werden sollte -- die Sowjetunion war nicht gedacht als republikanischer Verbund, sondern um aus Moskau durchregieren zu können. Doch die Autonomisierung zu eigenständigen Republiken ist genau das, was 1991 passierte -- und der Kreml hat es nie akzeptiert!

[... Stalin] baute die Sowjetunion aus, indem er sein Wissen über die ethnischen Konflikte seiner Kaukasus-Heimat nutzte, Republiken innerhalb von Republiken schuf, einschließl. Ossetien und Abchasien, die russische Trojanische Pferde waren und Stalins großes Projekt auch überlebten.

Seit 1991 habe ich eine Menge Zeit im Kaukasus zugebracht und die drei Präsidenten Georgiens kennenlernen und treffen können. Es ging mir immer um die Analyse des alten russischen Spiels um die Subversion und Kontrolle Georgiens mit stalinistischen Methoden. Russlands Politik, die Rebellenaktivitäten in Südossetien zu ermutigen und russische Pässe an die Bürger zu vergeben, war eine klassische Falle. [...] Putin ist Stalins vollständiger Erbe.

Auch Stalin war bereits Experte für Annexionen, die unter Verweis auf den Schutz der ethnisch russischen Bevölkerungsteile gerechtfertigt wurden -- man denke etwa an den Osten Polens, an Bessarabien und das Baltikum 1939. Die heutige Rhetorik zum Thema des Schutzes russischer Bürger folgt ebenso eigener wie stalinistischer Doppelbödigkeit -- denn schließlich sind einige Osseten erst seit wenigen Wochen Bürger Russlands. Die Ukraine, andererseits, ist tatsächlich zur Hälfte ethnisch russisch. Wenige in Kiew werden derzeit einen ruhigen Schlaf haben.

[...] Die Georgier trauerten bei Stalins Tod. Als Nikita Chruschtschow 1956 mit ihm abrechnete, kam es in Georgien zu Ausschreitungen. Aber heute hat sich das Land für seine Entwicklung als pro-westliche Demokratie entschieden, während die russische Rehabilitierung Stalins am besten illustriert wird durch Panzer in Verteidigungsstellung um jenen weißen Marmor-Tempel, der die ärmliche Geburtsstätte von Iosif Dschugaschwili [Josef Stalin] umgibt. Das ist es, was Wladimir Putin 2005 meinte, als er sagte, dass die **Auflösung der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe“** des 20. Jahrhunderts gewesen sei. **Und was der Dichter Jewgeni Jewtuschenko meinte, als er warnte: „Verdopple, verdreifache die Wachen vor diesem Grabmal / für den Fall, dass Stalin jemals heraustritt.“** [meine Hervorhebung]

## ***Wie kann man das Offensichtliche derart übersehen, Herr Steinmeier?***

In einem *Foreign Affairs*-Beitrag machten Sarah Mendelson und Theodore Gerber beizeiten auf die Gefahren aufmerksam, die mit der erneuten Stalin-Verehrung in Russland signalisiert werden. Der Hang zum Vergessen, Verdrängen, Verfälschen geschichtlicher Tatsachen prägt das Meinungsbild in Russland. Der Kreml hat nicht nur seine Hand im Spiel, er betreibt eine **gezielte Politik** der Rehabilitierung und Idealisierung Stalins als Sinnbild russischer/sowjetischer Größe. Die Autoren weisen auf die **Gefahr durch Nichtbeachtung** dieser „Signale“ im Urteil und Handeln westlicher Regierungen hin, unter anderem wird auf die Konflikte im Kaukasus verwiesen. Der Beitrag, vor drei Jahren geschrieben, ist damit auch ein Beleg, wie sehr westliche Öffentlichkeiten und Regierungen immer wieder dazu neigen, heraufziehende, sich deutlich abzeichnende Gefahren auszublenden, wenn das Geschehen nicht dem politisch Wünschbaren entspricht.

Sarah Mendelson / Theodore Gerber, „Failing the Stalin Test“, *Foreign Affairs*, Jan-Feb 2006: „Western policymakers prefer to ignore unpleasant news about the weakness of democracy in Russia. [...] They will be greatly tempted simply to declare Russia’s democratic development finished and to avoid the difficult work of figuring out how to respond effectively to the dangerous legacies of Soviet rule [...] Western cheerleaders of Russian President Vladimir Putin are likely to dismiss positive Russian attitudes toward Stalin as a minor growing pain or a speed bump on the country’s road to democracy -- **just as they downplay the carnage in Chechnya; the festering, potentially explosive conflict throughout the North Caucasus; the Kremlin’s blatant suppression of independent television outlets and nongovernmental organizations that dare to challenge its official line; [...]** and the massive corruption at all levels of Russian government.“

Die „geschichtspolitische“ Aufrüstung des Kreml hat längst auch die Schulen erreicht. Das mit nachdrücklichster Unterstützung Putins eingeführte, verbindliche neue Geschichtsbuch enthält u.a. folgende Beschreibungen.

Über die 1991 aufgelöste Sowjetunion erfahren russische Schüler und Schülerinnen u.a. dies: Als „gigantische Supermacht, der eine gesellschaftliche Revolution gelang und die den brutalsten aller Kriege gewann“, **habe die UdSSR die westlichen Länder so unter Druck setzen können, dass auch in ihnen die Menschenrechte beachtet wurden.** Und weiter wird der jungen Generation vermittelt: Anders als das gegenwärtige Russland (das sich als „souveräne Demokratie“ bezeichnet) „war die Sowjetunion keine Demokratie, aber sie war für Millionen Menschen auf der Welt das Beispiel für die beste und gerechteste Gesellschaft.“ **Kommentar Nr.1:** Als Nixon und Breschnew um die Wette liefen, wurde Nixon nur Vorletzter, während Generalsekretär Breschnew nach beeindruckendem Lauf einen ehrenhaften 2. Platz erringen konnte. **Kommentar Nr. 2:** Die Geschäfte der Opposition übernimmt -- aufgrund der traurig stimmenden politischen Perspektiven der russischen Gesellschaft -- nun wieder der politische Witz. **Kommentar Nr. 3:** Die Olympischen Spiele in Sotschi kann Russland im Dreikampf mit den Nationen Südossetien und Abchasien austragen. Ansonsten werden noch Simbabwe und Venezuela zu den Spielen erwartet.

*DIE WELT online*, 28.08.08;

Druckausgabe: 29.8.08, S. 9

## Gastkommentar

# Russlands Weg zurück in die politische Eiszeit

*Von Hans Rühle*

*[Der Autor war v.1982-88 Leiter des Planungsstabs im Bundesverteidigungsministerium. Im Anschluss baute er die Bundesakademie für Sicherheitspolitik auf und war für die Nato tätig.]*

Seit dem Russland völkerrechtswidrig in Georgien einmarschiert ist, steuert Europa auf eine neue politische Eiszeit zu. Dabei träumten noch vor wenigen Monaten Politiker wie Frank-Walter Steinmeier von einer neuen Verflechtung zwischen Russland und Europa. Jetzt hat man ausgeträumt.

Es ist gerade einmal drei Monate her, da verkündete der neu gewählte russische Präsident in Berlin, Russland sei „aus der Kälte zurückgekehrt“. Die deutschen Medien jubelten, und der deutsche Außenminister sah sich in seinen Bemühungen bestätigt, Moskau eine breit angelegte „Modernisierungspartnerschaft“ anzubieten.

Mit der völkerrechtswidrigen Intervention in Georgien ist Russland nun in die Kälte zurückmarschiert. Und der deutsche Außenminister ist recht einsilbig geworden. Denn mit Russlands öffentlichkeitswirksamem Neoinperialismus hat sich nicht nur die „Modernisierungspartnerschaft“ erledigt, **gescheitert ist darüber hinaus auch das sozialdemokratische Großprojekt einer von Deutschland konzipierten und forcierten „neuen europäischen Ostpolitik“.** Als Steinmeier diese Vision im März 2008 beim Lenkungsausschuss des „Petersburger Dialogs“ ansprach, **mussten sich die Zuhörer wie in einem Gang durch den politischen Märchenwald vorgekommen sein – viele Rotkäppchen, aber kein Wolf.**

**Beispielhaft für Steinmeiers zentrale Perspektive einer „Verflechtung der Zivilgesellschaften“ unter Einschluss Russlands: „Es sind die Musiker, die Maler und Schriftsteller, die sich wechselseitig anregen; die Unternehmer, die zum gegenseitigen Vorteil zusammenarbeiten; die Wissenschaftler, die voneinander lernen und gemeinsam unbekanntes Gebiet erforschen; die Journalisten, die neugierig und offen die Gesellschaft des jeweils anderen Landes entdecken und beschreiben.“**

Doch diese eher idyllische Sicht der „Verflechtung der Zivilgesellschaften“, die „von der Atlantikküste bis nach Sibirien“ reichen sollte, war mehr als nur politisches Glasperlenspiel. In einer Reihe von Reden und Artikeln hat Steinmeier diese Vision handfest popularisiert. So sollte im durch die Globalisierung erzwungenen Zeitalter der wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit die ökonomische Verflechtung mit Russland durch eine neue Qualität der Verflechtung der Volkswirtschaften exzeptionell ausgebaut werden. „Gegenseitige und gleichberechtigte Abhängigkeit zwischen Russland und der EU“ sollte schließlich zu einem privilegierten politischen Prozess werden – der **„Annäherung durch Verflechtung“.** Diese durchaus **absichtsvolle Anlehnung an den „Wandel durch Annäherung“** sollte die politische Verbindung zu Brandts Entspannungspolitik herstellen und das Projekt der „neuen europäischen Ostpolitik“ **auf besondere Weise sozialdemokratisch legitimieren.**

## Auf welcher Seite sollte Europa in der Kaukasus-Krise stehen?

Nach dem Einmarsch russischer Truppen in Georgien und den verbalen Begleittexten aus Moskau ist das Projekt einer „gegenseitigen Verflechtung“ erst einmal gescheitert. Doch das bedeutet nicht, dass es sich dauerhaft erledigt hätte. Die SPD und das Auswärtige Amt werden nach einer Schamfrist von einigen Monaten das Projekt wieder zu beleben versuchen. Die Russen werden ihren Beitrag hierzu leisten, indem sie ihrerseits den Nutzen ökonomischer Sonderbeziehungen zur EU im Allgemeinen, zu Deutschland im Besonderen lautstark preisen und gegebenenfalls durch zusätzliche Boni anreichern werden.

Es wird daher nicht allzu lange dauern, bis die Standardphrase aller politischen Parteien – „wir brauchen Russland zur Lösung unseres Energieproblems“ – wieder in der sozialdemokratischen Forderung nach besonders qualifizierten Beziehungen zu Russland münden wird. Man sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass die Konzeption der „Verflechtung und Integration“ zwischen der EU und Russland – unter dem Oberbegriff einer „neuen europäischen Ostpolitik“ das zentrale sicherheitspolitische Thema des Bundestagswahlkampfes 2009 werden sollte. Anlass also genug, sich mit dem Projekt der „gegenseitigen Verflechtung“ argumentativ auseinanderzusetzen.

Im Zentrum des Konzepts „gegenseitiger Verflechtung“ steht die Forderung nach einer „gleichgewichtigen Energiepartnerschaft“. „Russland“, so lautet die Begründung, „hat Energie, wir brauchen sie.“ Über die politischen und ökonomischen Voraussetzungen einer entsprechenden Verflechtung macht man sich keine allzu großen Gedanken. Und überall da, wo Probleme Russlands auftauchen, die einer ökonomischen Verflechtung entgegenstehen, wird Russland gnadenlos schöngeschrieben und -geredet.

Wo aber liegen die Probleme einer „gegenseitigen Verflechtung“? Hier gilt es zunächst festzustellen, dass der „Partner“ Russland kein demokratischer Rechtsstaat ist, sondern eine Scheindemokratie, ja eine Geheimdienstiktatur ist. Rechts- und Investitionssicherheit gibt es nicht. Das hat nicht nur Michail Chodorkowski, der faktisch grundlos enteignet wurde, erfahren, sondern auch Shell und BP, die ihre Mehrheitsanteile an ihren Gas- und Ölfeldern Sachalin 1 und 2 weit unter Wert an Gazprom abtreten mussten.

Russland hat unter der Renationalisierungspolitik Putins faktisch wieder eine Staatswirtschaft, wo Entscheidungen nicht ökonomischen Gesetzen folgen, sondern politischer Opportunität. Die Verflechtung der durchgängig marktwirtschaftlich orientierten EU-Staaten mit dem staatswirtschaftlich verfassten Russland wäre politisch und ökonomisch geradezu aberwitzig. Russland hat bewiesen – wenn auch nicht gegenüber seinen westlichen Großabnehmern in der EU –, dass es die Energie durchaus als Waffe einzusetzen bereit und in der Lage ist.

Auch wenn Russland einen hohen Anteil seiner Energieprodukte nach Westeuropa liefert, ist an eine „symmetrische Interdependenz“ nicht zu denken. Die Abhängigkeit des Westens von Russland wird immer größer sein als umgekehrt. Die „asymmetrische Interdependenz“ hat aber ihre eigenen Regeln. Und wo es Köche und Kellner gibt, da gibt es eben Dominanz und Unterwerfung, Arroganz der Macht und Appeasement. Der Hinweis auf die Verlässlichkeit sowjetischer Energielieferungen in der Zeit des Kalten Krieges führt hier nicht weiter.

In jener Zeit wurden die Energieexporte nach Westeuropa in Moskau vor allem als eine wichtige Möglichkeit gesehen, die dringend benötigte harte Währung zu verdienen, um den Niedergang einer Supermacht aufzuhalten. Heute sieht Moskau seine Öl- und Gasexporte als das wichtigste außenpolitische Instrument, mit dem die Beachtung der geopolitischen Interessen Russlands in

Europa und Eurasien eingefordert wird. Im Übrigen war im Kalten Krieg die deutsche und europäische Abhängigkeit von sowjetischen Energielieferungen deutlich geringer, als sie es heute ist und künftig sein wird.

Die „gleichgewichtige gegenseitige Verflechtung“ setzt voraus, dass alle potenziellen Interessen dies denn auch wollen. Das aber ist nicht der Fall. Auf der einen Seite hat Russland zwar erkennen lassen, dass es eine privilegierte Partnerschaft mit der EU beziehungsweise Deutschland anstrebt; eine Verflechtung, wie es sich Steinmeier vorstellt, will es aber nicht. Vor einigen Wochen hat Russland demonstrativ beschlossen, dass seine wichtigsten Industrie-sektoren voll in nationaler Verfügungsgewalt bleiben müssen. Verflechtungseuphorie sieht anders aus. Putin – und wohl auch Medwedjew – denkt nicht in den Kategorien von Verflechtung und Interdependenz, sondern in geopolitischen Einflusssphären und klassischer alteuropäischer Machtpolitik. Mit anderen Worten: Russland will sich gar nicht verflechten; die einseitige Liebeserklärung Steinmeiers bleibt diesbezüglich unerhört.

Doch dies ist nur die halbe Wahrheit. Die deutschen Vorstellungen einer „gegenseitigen Verflechtung“ werden auch von keinem anderen EU-Land mitgetragen. Sie markieren – wieder einmal – einen deutschen Sonderweg. Das ficht die Erfinder und Promotoren des Konzepts jedoch nicht an. Stolz und trotzig erklärte einer von Steinmeiers Führungsgehilfen, dieses Konzept sei „reine Realpolitik“. Nun ja! Wenn Steinmeier in seinem Aufsatz „Verflechtung und Integration“ schreibt, eine nur selektive Kooperation mit Russland sei „nicht im europäischen Interesse“, dann sollte der deutsche Außenminister einmal seine Interessendefinition überprüfen.

Die Ereignisse um Georgien erzwingen geradezu die Frage, ob eine ökonomische Verflechtung mit Russland möglich ist, das sich als revisionistische Großmacht geriert, benachbarten Völkerrechtssubjekten nur noch eine begrenzte Souveränität konzidiert und seine weltweiten Interessen – nach eigenem Bekunden – auch präventiv militärisch durchzusetzen bereit ist. Die Antwort ist vor dem gegenwärtigen politischen Hintergrund nicht allzu schwer. Doch es werden auch wieder ruhigere Zeiten kommen, Zeiten, in denen vielfach argumentiert werden wird, das Vergangene ruhen zu lassen und zu neuen Ufern aufzubrechen.

Dann bleibt aber immer noch die Frage, ob es mit Russland eine Verflechtung, das heißt eine Verflechtung ohne außen- und sicherheitspolitische Dimension geben kann. Doch wohl kaum. Wer mit Russland auch nur sektoral verflochten ist, reduziert nicht nur seinen eigenen politischen Handlungsspielraum, er wird auch immer als Mittäter bei allen politischen und militärischen Eskapaden der wieder selbstbewusst gewordenen Großmacht gesehen und in Haftung genommen werden. Die sektorale Verflechtung ist und bleibt ein Irrweg, die „Annäherung durch Verflechtung“ eine Schimäre.

Eigentlich müsste die SPD dies alles wissen. Schon 1972 ließ sie anlässlich der Münchner Wehrkundetagung ihr neues Konzept einer „Sicherheit durch Interdependenz“ vortragen. Der Vorstoß ging ins Leere. Der Referent war Karl Wienand. Und der war nicht nur geistig leicht unbeweglich – sondern nachweislich Stasi-Agent.

[www.welt.de/politik/article2366236/Russlands-Weg-zurueck-in-die-politische-Eiszeit.html](http://www.welt.de/politik/article2366236/Russlands-Weg-zurueck-in-die-politische-Eiszeit.html)

***Vgl. auch: „Thema Russland: Michael Stürmers Problem. Zwischen aufdeckendem und zudeckendem Journalismus“***

[www.wadinet.de/news/dokus/2009\\_Michael-Stuermers-Problem.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/2009_Michael-Stuermers-Problem.pdf)

Fritz W. Peter, Nov. 2007 (18 S.)